

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

4.4.1925 (No. 80)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Marx republikanischer Sammelkandidat

Die Rechtsparteien haben nach dem für sie wenig ermutigenden Ausfall der Reichspräsidentenwahl am Sonntag eine Chance gehabt: sie konnten sofort die Kandidatur Jarres zurückziehen und Verhandlungen mit den nichtsozialistischen, republikanischen Parteien über die Aufstellung einer „bürgerlichen“ Sammelkandidatur einleiten. Als Kandidaten hätten die beiden Demokraten Gehler und Simons zur Verfügung gestanden. Ob eine solche Taktik nach dem ganzen Verlauf des Wahlkampfes einen Erfolg gehabt hätte, das ist eine andere Frage, die wir nicht so ohne weiteres bejahen möchten. Immerhin war das die einzige Chance, die den Jarreparteien überhaupt noch blieb.

Sie haben diese Chance nicht bzw. zu spät ausgenutzt. Als gestern auf eine Anregung des Führers der Bayerischen Volkspartei, des Domkapitulars Leicht, hin der Reichskanzler Dr. Luther erst die nichtsozialistischen Parteien, dann alle Parteien mit Ausnahme der Deutschvölkischen und Kommunisten zusammenberief, um die Möglichkeit einer allgemeinen Sammelkandidatur zu besprechen, war es schon zu spät für solche Unternehmungen: das Zentrum hatte bereits in offizieller Form Herrn Marx als Kandidaten nominiert, und die Sozialdemokraten und Deutschdemokraten hatten sich ebenso offiziell zur Unterstützung dieser Kandidatur bereit erklärt.

Man hat auch bei den gestrigen Verhandlungen wieder den Eindruck gewonnen, daß die Rechtsparteien vor lauter Verwirrung und Unschlüssigkeit überhaupt nicht mehr wissen, was sie wollen. Deshalb möchten sie wenigstens das eine herbeiführen, nämlich daß die gleiche Verwirrung auch in den Reihen der republikanischen Parteien Platz greift. Nur zu diesem Zweck haben sie zunächst einer Sammelkandidatur Simons, die von Herrn Leicht und dem Reichskanzler vorgeschlagen wurde, zugestimmt; allerdings völlig unverbindlich. Als es dann gestern zu den Besprechungen der Parteien bei dem Reichskanzler kam, und die Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums von vornherein ihre Bedenken äußerten, taten die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen so, als ob sie ernstlich überhaupt gar nicht an eine solche allgemeine Sammelkandidatur gedacht hätten; und der Herr von der Deutschen Volkspartei meinte, sie hätten ja bereits ihren Kandidaten.

Natürlich konnte nun von dem Sozialdemokraten Wels festgestellt werden, daß die Besprechung vollkommen zwecklos sei, da ja keiner der Vertreter der Rechtsparteien irgendeine positive Stellungnahme zum Ausdruck bringen könne. Und Reichskanzler Luther hat dann wohl selber gefühlt, daß man ihn vor einen Wagen gespannt hatte, der doch nicht mehr ins rechte Geleis gebracht werden kann. Einpeitscher der ganzen Aktion war die Bayerische Volkspartei, die am liebsten einer klaren Stellungnahme für oder gegen Marx bzw. für oder gegen Jarres entzogen sein möchte.

Zedenfalls hat die deutsche Öffentlichkeit nunmehr damit zu rechnen, daß die drei republikanischen Parteien mit einer gemeinsamen Kandidatur, der Kandidatur Marx, in die Entscheidungsschlacht ziehen werden. In den Augen aller derer, die eine klare Lösung wünschen, ist das sicherlich das beste Ergebnis gewesen, da nach Lage der Dinge eine Kandidatur Braun wesentlich geringere Aussichten gehabt hätte. Herr Braun ist inzwischen von der Weimarer Koalition im preussischen Landtag wieder zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Die gestrigen Besprechungen beim Reichskanzler haben von neuem bewiesen, daß sich die Rechtsparteien über eine Aufrechterhaltung der Kandidatur Jarres noch immer nicht einig sind; denn sonst wären diese Besprechungen ja völlig sinnlos gewesen. Ihre Voraussetzung war eben doch die, daß sich die Rechtsparteien noch nicht endgültig gebunden hätten. Und das ist auch faktisch der Fall. Gewiß haben diese und jene Organe erklärt, man werde an Jarres festhalten, aber offizielle gemeinsame Beschlüsse der in Betracht kommenden Parteien lagen bis jetzt noch nicht vor. Vor allem sind es die Deutschnationalen, die ganz offensichtlich eine Politik des Zögerns befolgen.

Daß es auch in der Deutschen Volkspartei maßgebende Kreise gibt, die Jarres am liebsten wieder in der Ver-

sentung verschwinden lassen möchten, um mit einer sogenannten „bürgerlichen“ Sammelkandidatur herauszurücken zu können, kommt man dieser Tage schon aus einem Leitartikel der „Badischen Presse“, noch mehr aber aus einem Leitartikel der „Berliner Vörsenzeitung“ entnehmen. In letzterem wurde rüch heraus gesagt, daß eine Kandidatur Jarres die republikanischen Parteien so fest zusammenschließen werde, daß ihnen der Sieg zufallen müsse. Aus dieser Erwägung heraus wurde dann von der „Vörsenzeitung“ Herr Jarres nahegelegt, im Interesse einer bürgerlichen Sammelkandidatur Gehler zurückzutreten.

Wenn übrigens gestern die Rechtsparteien an den Besprechungen beim Reichskanzler teilnahmen, so geschah das natürlich nicht etwa, um ehrlich an einer allgemeinen Sammelkandidatur, also an einer Kandidatur Simons mitzuarbeiten, sondern einzig und allein in der Hoffnung, bei diesen Besprechungen irgendwie die republikanischen Parteien auseinanderbringen und dann eine „bürgerliche“ Sammelkandidatur nach dem Geschmack der Rechten durchdrücken zu können. Nun, diese Hoffnungen haben sich als eitel erwiesen.

Den Rechtsparteien wird jetzt wohl nichts anderes übrig bleiben, als sozugenau einer Anstandsspflicht zu genügen und an Herrn Jarres festzuhalten. Bei alledem kann einem Herrn Jarres, dem auch politische Gegner persönlich das Zeugnis eines durchaus ehrenwerten Mannes ausstellen, nur leid tun. Seine Aussichten für die Stichwahl sind gewiß nicht gut, zumal sich gerade in den letzten Tagen gezeigt hat, wie wenig einheitlich doch seine eigene Anhängererschaft ist.

Andererseits aber wird gerade eine Kandidatur Jarres mifamt der ganzen Propaganda, die ihr von den Machern der Rechtsparteien zuteil wurde, die gesamte republikanische Wählerschaft für Herrn Marx auf den Plan rufen. Die sozialdemokratischen und demokratischen Wähler werden sich dessen bewußt sein, daß es sich hier um höhere Gesichtspunkte handelt, und daß es vor allem darauf ankommt, den Sieg des Kandidaten der Rechtsparteien zu verhindern. Schließlich wird jeder republikanische Wähler einsehen, daß, so wie die Dinge nun einmal liegen, die Kandidatur Marx, vom republikanischen Standpunkt aus betrachtet, die beste und aussichtsreichste ist, die man finden konnte.

In der offiziellen Kundgebung wird die Kandidatur Marx als eine Kandidatur der Mittelparteien bezeichnet. Wenn Zeitungen der Rechten sich darüber aufregen, so muß man ihnen erwidern, daß diese Aufregung sachlich nicht berechtigt ist. Die Rechtsparteien sind in Wahrheit Rechtsparteien, und die Kandidatur Jarres ist in Wahrheit eine Rechtskandidatur; denn alle Rechtsparteien einschließlich der äußersten Rechten, der Deutschvölkischen, treten für diese Kandidatur ein. Anders liegt die Sache bei der Kandidatur Marx. Diese Kandidatur ist durch die Unterstützung der äußersten Linken, der Kommunisten, nicht belastet. Da aber Zentrum und Deutschdemokraten ganz ausgesprochene Mittelparteien sind, und der Kandidat aus den Reihen des Zentrums stammt, ist es durchaus berechtigt, hier von einer Kandidatur der Mittelparteien zu sprechen. Was aber die Sozialdemokratie anlangt, so hat sie ja wohl längst bewiesen, daß sie einer extremen Linkspolitik abhold ist und durchaus die Eignung besitzt, an einer Politik der Mitte mitzuarbeiten.

Gewerkschaftsführer beim Stellvertreter des Reichspräsidenten

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons empfing am Freitag vormittag die Vertreter der Arbeiterorganisationen, um sich von ihnen über die Stimmung und Auffassung in den Arbeiter- und Angestelltenkreisen unterrichten zu lassen. Zunächst erschienen die Vertreter des Gewerkschaftsrings. Darauf empfing Dr. Simons nacheinander die Vertreter der Freien Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Als Wortführer des Gewerkschaftsrings wies Reichstagsabgeordneter Lemmer auf das wachsende Mißtrauen in der deutschen Arbeiterbewegung hin, die besonders über den wirtschafts- und steuerpolitischen Kurs der Reichsregierung tief beunruhigt sei. Die deutsche Arbeiterbewegung müsse ferner dagegen protestieren, daß der Aufbau und die Vollendung des neuen deutschen Zolltarifs zur Förderung der Handelsvertragsverhandlungen durch den Widerstand der Schutzzöllner in Industrie und Landwirtschaft gehemmt würde. Zwei andere Vertreter des Gewerkschaftsrings forderten die beschleunigte Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens.

Zur Reichspräsidentenwahl

Eine republikanische Kandidatur Marx

Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten sind Freitag nachmittag 6 Uhr zu einer interfraktionellen Besprechung zusammengetreten. Ueber das Ergebnis der Beratungen, an denen auch Reichskanzler a. D. Marx teilnahm, wird aus Kreisen der Mittelparteien mitgeteilt, daß nach einer umfassenden Programmabklärung des ehemaligen Reichskanzlers und nach einem gründlichen Gedankenaustausch einstimmig beschlossen wurde, Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Die demokratischen Vertreter stimmten diesem Beschluß unter dem Vorbehalt seiner nachträglichen Genehmigung durch ihren Parteiausschuß zu, der am Sonntag zusammentritt.

Im Anschluß an die abschließenden Verhandlungen zur Aufstellung der Kandidatur Marx haben 20 Vertreter der drei republikanischen Parteien noch am Freitagabend den Antrag zur Aufstellung der Kandidatur Marx an den Reichswahlleiter gerichtet. Diesem Antrag ist ein Schreiben des Reichskanzlers a. D. Marx beigegeben, worin er sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

Ein Einigungsvorschlag auf Dr. Simons gescheitert

Auf Anregung des Abg. Leicht (Bayr. Vp.), der noch einmal den Versuch machen wollte, möglichst viele Parteien auf eine gemeinsame Kandidatur für die Wahl des Reichspräsidenten zu vereinigen, fand Freitag nachmittag eine Besprechung beim Reichskanzler Dr. Luther statt. Zunächst waren nur die Parteien gebeten worden, die in einer ähnlichen Besprechung zum ersten Wahlgang teilgenommen hatten, also Völkische, Kommunisten, und auch die Sozialdemokraten nicht. Auf Wunsch einiger Teilnehmer an dieser Konferenz wurde beschlossen, auch die Sozialdemokraten zu laden. In einer zweiten Besprechung, an der dann alle Parteien, mit Ausnahme der Völkischen und Kommunisten, teilnahmen, wurde nun der Vorschlag gemacht, den jetzigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons als Sammelkandidaten aller dieser Parteien aufzustellen. Es wurde von allen Seiten anerkannt, daß gegen die Persönlichkeit des Dr. Simons nichts einzuwenden sei, daß aber der Vorschlag zu spät komme, da die verschiedenen Parteien sich schon anderweitig gebunden hätten. Der Vorschlag wurde darauf fallen gelassen.

11. a. wurde in dieser Besprechung auch vorgeschlagen, daß Dr. Simons nicht durch Wahl, sondern durch ein verfassungsänderndes Initiativgesetz von allen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten zum Präsidenten ernannt werden solle. Bei Ablehnung dieses Verfahrens sollten sich alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten auf eine Sammelkandidatur Simons einigen.

Dr. Jarres in Berlin

Der von einer Grippe wieder genesene Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, ist Freitag vormittag in Berlin eingetroffen. Der „Völkische Anzeiger“ nimmt an, daß nunmehr die letzten entscheidenden Besprechungen im Reichsblock über die Präsidentenwahl in kürzester Frist erfolgen werden.

Eine englische Stimme über die deutsche Ofgrenze

In der Londoner Wochenzeitschrift „New Statesman“ wird ausgeführt, es wäre unklug Deutschland zu drängen, im gegenwärtigen Augenblick seine Haltung zum Problem der Ofgrenzen genau zu umschreiben. Es sei nicht zu verstehen, weshalb die französische Regierung Zusicherungen bezüglich der Haltung Deutschlands in Sachen der polnisch-österreichischen Grenzen brauche, die Deutschland doch offiziell nichts angehen.

In einem weiteren der Frage der Ofgrenzen gewidmeten Artikel derselben Zeitschrift heißt es, Lord George habe die Ansicht von 90 Prozent aller Engländer ausgedrückt, als er in der letzten Unterhausdebatte erklärte, daß das augenblickliche Polen fünf Ofgrenzen einbringe. Zwei davon gehörten rechtmäßigerweise Deutschland, nämlich der sogenannte Korridor und die Industriefläche Oberschlesien. Daß Deutschland berechtigt sei, diese Gebiete wiederzubekommen, sehe in der unterrichteten öffentlichen Meinung Westeuropas fest. Die Frage aber sei, wie Deutschland sie wieder erlangen könne, ohne daß es dadurch zu einem neuen Krieg käme. Es wäre daher klug, dieses schwierige Problem einige Jahre ruhen zu lassen, zumal es an den Völkern zur Regelung nicht überwiesen werden könne, weil dieser sich hoffnungslos durch seine fast absicht ungerochte Entscheidung in der Frage der ober-schlesischen Grenze bloßgestellt habe.

Den Schlüssel zu einer friedlichen Lösung habe Frankreich in der Hand. Aber Frankreichs Lage sei sehr schwierig, weil es gegenüber Polen äußerst weitgehende Verpflichtungen und sogar die Unterstützung extravaganter Ansprüche Polens eingegangen sei. Aber Polen werde vielleicht ohne französischen Nachdruck gezwungen sein, seine Grenzprobleme einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten. Die polnische Frage würde einen Krieg entfachen, wenn nicht auf friedlichem Wege eine Verständigung erfolge. Das Bündnis mit Polen schwäche Frankreich, das dadurch seine Grenzen nicht vergrößert, sondern verlängert und unendlich vertehrbarer gemacht habe. Deshalb aber soll die Frage der Ofgrenzen überhaupt in Zusammenhang mit dem deutschen Sicherheitsangebot aufgeworfen werden, dessen Unterzeichnung 20 Protokolle wert sein würde.

Ein neuer Bürgerkrieg in China? „Morning Post“ meldet aus Tientsin, alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß ein neuer Bürgerkrieg in größerem Maßstabe denn je bevorstehe. In chinesischen Kreisen werde angenommen, daß ein Kampf zwischen Tschangtschun und Fenghuang ausbrechen werde.

Mit der Beilage: 27. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den

Lehrplan der Grundschule.

Abg. Löwenstein (Soz.) bedauert, daß die Mehrheit des Reichstages bei der Grundschule einen Ausnahmezustand herbeiführen wolle. Dieser Versuch bedeute nichts weniger, als die Fortführung der Einheitschule. Der Redner legt eine Entschiedenheit vor, nach der in den Haushaltsplan für 1925 ausreichende Mittel eingestellt werden sollen, um unbedingten Schulkindern die Zulassung zur mittleren oder höheren Schule zu ermöglichen.

Ministerialdirektor Köstner vom preussischen Kultusministerium bringt Bedenken der preussischen Unterrichtsverwaltung gegen den Entwurf vor und weist darauf hin, daß die Ausführung des Gesetzes in der jetzigen Form auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Solche Experimente dürfe man in der Schulpflicht nicht machen.

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragte angesichts der Erklärung der preussischen Unterrichtsverwaltung die ganze Materie zu nochmaliger Beratung an den Ausschuss zurückzuerweisen zumal die Gefahr bestehe, daß der Reichstag gesetzliche Maßnahmen treffe, deren Auswirkung sich noch nicht übersehen lasse. Der Antrag auf Zurückverweisung wird mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Abg. Rheinländer (Zentr.) hält an dem grundsätzlichen Standpunkt des Zentrums fest, daß die vierjährige Grundschule erhalten bleiben müsse, daß aber jedes Kind seiner Begabung entsprechend schon früher zur mittleren oder höheren Schule übergehen könne.

Abg. Hörnle (Komm.) erklärt, daß auch die Schulfrage eine Nachfrage sei.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) beantragt nunmehr die Herbeiführung des Innenminister Schiele, damit er sich darüber äußere, wie er sich die Ausführung des Gesetzes denke.

Auch die Kommunisten unterstützen diesen Antrag, der sich aber bald erübrigt, da inzwischen Minister Schiele im Saale erscheint. Der grundlegende Paragraph 1 wird darauf angenommen.

Geheimrat Bürich weist darauf hin, daß mit den Ländern in Verbindung getreten wird, um eine Vereinbarung darüber zu erreichen, in welcher Weise die Beschlüsse des Reichstages zur Ausführung gelangen sollen. Der Reichsrat habe noch keine Stellung genommen.

Als sich die Abg. Dr. Löwenstein (Soz.), Hörnle (Komm.) und Rönneburg (Dem.) in längeren Ausführungen mehrfach zur Sache äußern, wendet sich Abg. Schulz-Brömmel (M.) erregt gegen die Obstruktionen der Linken. Es sei unerhört, wie man hier die Verhandlungen zu verschleppen veruche. Die Minderheit wolle die Mehrheit bergewaltigen.

Das Gesetz wird angenommen. Die Entscheidung der Sozialdemokraten wegen Bereitstellung von Mitteln für unbedingte Schulkindern wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die Schlussabstimmung über das Gesetz ist namentlich. Für die Vorlage stimmen die Deutschnationalen, die Deutsche und Bayerische Volkspartei, das Zentrum, die Volkslichen und die Wirtschaftliche Vereinigung. In den Gegnern der Vorlage gehören Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Gesetz wird mit 239 gegen 157 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Darauf wird die Aussprache über das Wohnungswesen, das den Reichstag bereits in mehreren Sitzungen beschäftigt hat, fortgesetzt.

Abg. Tremmel (Zentr.) verlangt eine entschlossene Förderung der Bauwirtschaft. Der Redner verweist besonders auf die Not der besetzten Gebiete. In erster Linie müßten die kleinen Leute berücksichtigt werden, und solche, die bereit sind, mit eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften unter Mitarbeit der Familienmitglieder ein Haus zu errichten.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus verlegt sich auf Samstag 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge über die besetzten Gebiete, Junglehrerfrage, Wohnungswesen.

Die Trauerfeier für die Opfer der Katastrophe von Belheim ging Freitag nachmittag in Detmold in Gegenwart des Reichswehrministers Dr. Gehler und des Chefs der Heeresleitung, General v. Seekt vor sich. Je sechs Soldaten trugen dann die Särge mit den bereits geborgenen Leichen auf den bereitgestellten Leichenwagen, während sich der riesige Trauerzug formierte. Die Straßenlaternen brannten unter Trauerflor. Viele Geschäfte hatten die Läden zum Zeichen der Trauer schwarz verhängt. Auf dem Ehrenfriedhof sprachen die Geistlichen beider Konfessionen nochmals, worauf Reichswehrminister Dr. Gehler den toten Kameraden den Abschiedsgruß der Reichsregierung und der gesamten deutschen Wehrmacht zurief. Eine Mitteilung der Reichswehr gab über den Sargen eine dreifache Salve ab.

Karlsruher Konzerte

Das vorletzte der Sinfoniekonzerte des Bad. Landestheaterorchesters brachte eine Vortragsfolge, die bereitwillig manche längst gehegte Wünsche der Allgemeinheit erfüllte. Gleich Schumanns Vierte Sinfonie in D-moll wurde deshalb mit nachhaltigem Beifall aufgenommen, und als am Ende des Programms der lebhaft beteiligten Hörerschaft gar Liszts „Tasso“ vormusiziert wurde, gab es erst recht stürmischen Applaus, den überdies auch die nachschaffenden Künstler und an ihrer Spitze Staatskapellmeister Alfred Lorenz sich wohlverdient hatten. Im Rausch der Begeisterung, der über dem Abend lag, fand sogar eine Novität, das Concerto des Jungitalieners Vittorio Monti, freundliche Resonanz, obwohl dies Werkchen gerade unserm Konzertpublikum einige offenbar noch ungewohnte Selbstanforderungen aufzählte. Es ist launigste Spielerei, ohne jede ernsthafte Absicht, vorläufig mehr eine hübsche literarische Spielerei, als das reife Zeugnis einer Lebenserfahrung. Ein (kleiner) Nachteil scheint beiläufig noch in dem gelegentlichen Auseinanderfallen von Soloinstrumenten und begleitendem Streichquintett zu liegen. Stärkere Rundung im formal nun einmal „konzertierend“ bedingten Aufbau könnte zweifellos alle drei Sätze als Gesamtleistung haben, trotzdem bleibt eine köstliche Erinnerung, insofern das Werkchen oft unter Verwendung von grotesken Mitteln mit dem letzten Reiz von Sentimentalität resolut aufräumt, die wir allzu lang als eingetragene Aufgabe der tönenden Kunst ansahen. Vor und nach diesem intim-musikalischen Bauwerk, das die graziöse Freiluftkunst des frühen 18. Jahrhunderts etwa erneuern hilft, kamen uns so schwebende romantische Erzeugnisse zu Gehör. Kammergängerin Luise Miller, die bekannte Rindener Altistin, zeigte dabei vor allem in der Arie der Andromache aus M. Bruchs „Achilleus“, welche feingedichteten Edelstein sie in ihrer prachtvollen Stimme besitzt und wie sie selbst das Klänge und Herkömmliche dieser Art Musik im tief Menschlichen und geschmackvoll Künstlerischen zu verankern weiß. Mit einer Solistin von solchem Rang mußte auch die „Marschodie“ von Brahms besondere Wirkung auslösen. Doch fehlte nicht nur diese Sängerin

Politische Neuigkeiten

Die Besteuerung der Inflationsergebnisse

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit der Entschiedenheit des Abg. Keil (Soz.), worin die Reichsregierung erjudet werden soll, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, einer Sonderbesteuerung unterworfen werden, wobei die Vermögen freizulassen sind, die eine bestimmte Höhe nicht überschreiten.

Hierzu beantragte der Abg. Emminger (Bayr. Sp.), daß die Regierung alsbald eine Denkschrift vorlegen möge über die Durchführbarkeit der in der dritten Steuernotverordnung vorgesehenen Inflationsteuer, und über diejenige, der in dem Antrag Keil genannten Vermögensgleichheitssteuer und Vermögenszuwachssteuer. Im übrigen solle der Antrag Keil dem Steueraussschuss überwiesen werden.

Abg. Herzt (M.) trat dafür ein, den Antrag Keil gemeinschaftlich mit dem Steueraussschuss zu beraten, und beantragte die Einführung einer Steuer auf einen etwaigen Inflationsergebnis bei Grundstücksübertragungen.

Im Verlaufe der Aussprache erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministers, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die in dem Antrag Keil vorgesehene Inflationsteuer bereits erledigt seien und daher diese Denkschrift in allerfrühester Zeit dem Reichstag zugeleitet werden könne.

In der bestimmten Erwartung, daß diese Denkschrift nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages dem Aufwertungsausschuss vorliegen werde, beschloß der Ausschuss, die endgültige Entscheidung über ein die Inflationsergebnisse besteuendes Gesetz in der ersten Sitzung nach Ostern zu treffen.

Gegen die Erhöhung der Bier- u. Tabaksteuer

Gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hat sich der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ausgesprochen. Bezüglich der Erhöhung der Biersteuer hielt der Ausschuss die Notwendigkeit einer Erhöhung der Biersteuer nicht für nachgewiesen und die Erhöhung selbst für das Brauergewerbe bzw. die deutsche Wirtschaft nicht für tragbar. Er empfiehlt bei dieser Gelegenheit der Regierung, nachzuprüfen, ob die Kontingentierung der Bierherstellung nicht zweckmäßig aufzuheben wäre. Bezüglich der Erhöhung der Tabaksteuer hält der Ausschuss die Notwendigkeit einer Beschließung neuer Steuern und Vollerhebungen nicht für nachgewiesen. Die Lage des Tabakgewerbes ercheint so unangünstig, daß keine Steuer- oder Vollerhebung zugestimmt werden kann. Die Mittel zur Hebung des einheimischen Tabakbaues sollen in ausreichender Höhe in den Etat eingestellt werden.

Das deutsch-englische Abkommen über die 20prozentige Recoveryabgabe zwischen der deutschen und der englischen Regierung am Donnerstag abgeschlossen, und in Berlin unterzeichnet. Durch das Abkommen wird das gesetzliche Verfahren, wonach die deutschen Waren bei der Einfuhr nach England einer besonderen Abgabe in einer Höhe von gegenwärtig 26 Prozent unterworfen werden, durch ein System von monatlichen Pauschalabgaben abgelöst, die aus dem Durchschnitt der Monatsstatistik errechnet werden. Der Gegenwert der abgelieferten Devisen wird den Exporteuren naturgemäß aus der Dames-Annuität in Reichsmark vergütet. Der Generalagent und das Transportsomitee der Reparationskommission haben dem Abkommen bereits zugestimmt.

In den Meinungsverschiedenheiten zwischen Rumänien und Deutschland wegen der Banca Commerciala-Rumänien hat die Reparationskommission nunmehr der Kriegskostenkommission in einer Note ihre Ansicht dahin mitgeteilt, daß zu dem deutschen Antrag erst Stellung genommen werden könne, wenn feststehe, ob die rumänischen Forderungen zu recht bestehen. Der deutsche Antrag ging auf Feststellung, daß die Forderungen Rumäniens aus Ausgabe der Banca Generala-Noten und die mit der Niedrigpreisbildung des Putareiser Vertrages zusammenhängenden Forderungen (wenn diese überhaupt bestünden) unter die Zahlungen des Damesplanes fallen. Die Reparationskommission hat sich darüber, ob die rumänischen Forderungen zurecht bestehen, nicht geäußert. Aus ihrer Entscheidung kann mithin eine Befähigung der rumänischen Forderungen nicht hergeleitet werden.

Seerholungsreise deutscher Geistesarbeiter. Unter Leitung des früheren Parlamentariers Dr. Otto Arendt-Berlin wurde in Bremen die erste Seerholungsreise deutscher Geistesarbeiter vorbereitet, woran etwa 540 Personen, darunter namhafte Vertreter von Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie, sowie aus der Journalisten- und Schriftstellerwelt teilnehmen. Die Reise hat am Freitag ihren Anfang genommen.

Kurze Nachrichten

Der zweite Rathardt-Prozess ist am Freitag durch einen Verurteilungsbeschluss des Gerichts ergebnislos abgebrochen worden. Das Gericht erklärte nach längerer Beratung die Verurteilung sei leider notwendig, weil auf das Zeugnis des Abg. Schade-mann nicht verzichtet werden könne und weil Schade-manns Gesundheitszustand eine Vernehmung unmöglich mache. Infolgedessen müsse der Prozess zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden.

Die Urteile der bayerischen Volksgerichte. Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde am Freitag mit allen gegen neun Stimmen der sozialdemokratische Antrag auf Erlass eines Gesetzes über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Wirtschaftliche Partei, die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei.

In dem Prozesse gegen das Striegauer Reichsbanner wurde, wie aus Schweidnitz gemeldet wird, der Hauptangeklagte, Albert Müller-Striegau, als Rädelsführer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Unterführungshaft wird in Anrechnung gebracht. Währende Umständen sind ihm zugerechnet worden. Aug. Lebers Gewalttätigkeit wurden ferner der Stein-arbeiter Aug. Lebers als Rädelsführer zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch ihm wird die erlittene Unterführungshaft angerechnet. 22 weitere Angeklagte erhalten Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis 3 Monaten. 15 Angeklagte wurden freigesprochen.

Verurteilung Gassenrenner. Nach einer Meldung des „B. Z.“ verurteilte das Straßener Schwurgericht drei jugendliche Angehörige einer rechtsradikalen Organisation, die am Heiligen Abend v. J. den jüdischen Handlungsgehilfen Julius Siemon zu Tode geprügelt hatten, zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

Aussperrung der Berliner Metallarbeiter. Am Freitag fand zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband der Berliner Metallindustriellen wegen des Streiks der Kupferfärbende Verhandlungen statt, die dem „Vorwärts“ zufolge zu keinem Ergebnis führten. Es ist damit zu rechnen, daß am Montag in vier Lokomotivfabriken, nämlich Vorkh, K. G., Schwarzlopf-Widau, Drenstein und Köppl und A.C.G. Turbinenfabrik ca. 7800 Leute entlassen werden.

Die Badischen Volkereien auf der Ausstellung in Stuttgart. Mit der 31. großen Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Stuttgart (18. Juni 1925) ist u. a. ein Preiswettbewerb für Butter und Käse verbunden. Die Beschickung der Ausstellung, insbesondere aus Bayern und Württemberg, ist stark. Auch unsere badischen Volkereien werden durch eine Sammelausstellung des Badischen Volkereierverbandes Karlsruhe an der Ausstellung und dem Preiswettbewerb für Butter und Käse teilnehmen. Die Sammelausstellung des Badischen Volkereierverbandes wird 18 Butterproben und 4 Käseproben zeigen.

Zur französischen Finanzlage bemerkt die Londoner „Times“ in einem Leitartikel, die Schwierigkeit liege darin, daß Frankreich keine klare Finanzpolitik habe und daß lediglich Improvisationen auf der Tagesordnung geländen hätten. Die Absicht, den Notenumlauf zu vermindern, fühne leider keine Aenderung der Politik an. Frankreich gleiche einem Kranken, der die starke Medizin der Deflation nötig habe und nicht den Champagner der Inflation, mit seinen schnell vorübergehenden kurzen Freuden. — „Morning Post“ betont, England dürfe im Hinblick auf die Schwierigkeiten Frankreichs seine zu strenge Haltung in der Frage der interalliierten Schulden einnehmen.

An einer Militärkonferenz der Randstaaten nahmen in Buda auch Offiziere der französischen Militärkommission in Warschau teil. Der Versuch der Geheimhaltung der Konferenz und die Teilnahme polnischer und französischer Offiziere bewiesen genügend, daß es sich keineswegs um harmlose Besprechungen, sondern um den Versuch handelt, weitgehende militärische Verbindungen herbeizuführen.

Demission des italienischen Kriegsministers. Anlässlich der Verlegung der Erledigung seiner Heeresreformvorlage im Senat hat Kriegminister Di Giorgio, wie aus Rom gemeldet wird, seine Demission gegeben.

Die Unruhen in Südwest „Morning Post“ meldet aus Kapstadt, General Dethog habe im südafrikanischen Parlament erklärt, die Haltung des Rehbotsenlammes habe zur Folge gehabt, daß auch unter den Desertors in der Gegend von Windbul, die ungefähr 50-60000 Köpfe stark seien, Unruhen ausgebrochen seien. Die Regierung werde dafür sorgen, daß ausreichende Polizeitruppen entsandt würden, um die Angehörigen des Rehbotsenlammes, die für die Unruhen verantwortlich seien, zu verhaften. Die Regierung glaube an keinen ersten Anstand.

Das japanische Notenausschüttungsprogramm. Anlässlich wird in Tokio bekannt gegeben, daß 22 Kriegsschiffe mit insgesamt 124000 Tonnen auf Stapel gelegt werden, darunter acht Kreuzer 1. Klasse, drei Kreuzer 2. Kl., 10 Torpedobootserschiffe und ein Flugzeugmuttertschiff.

allein durch die Kraft und den Reiz ihrer Persönlichkeit, sondern auch das begleitende Orchester und der Männerchor der Lieberhalle gaben der Aufführung charaktervolle Haltung und hatten somit berechtigten Anteil an den überhörschwänglichen Beifallsstürmen, welche die allgemeine Liebhaberei des fast ausverkauften Hauses zum Ausdruck brachten.

Der siebente, ebenfalls vorletzte Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Reußfeldt, überzogene zunächst in Reigers fis-moll-Streichquartett op. 121 von den hohen Qualitäten, die dem Leipziger Gewandhausquartett eignen. In solch bedeutenden Werk auseinanderzusetzen, brachte Genuß und Gewinn. Der bewegte und suggestive Vortrag ließ wiederholt aufhorchen und viele neue Schönheiten der Partitur entdecken. Ähnlich sicheres Gelingen war leider den folgenden Werken von Schumann und Grieg nicht beschieden. Bei dem Schumannschen Klavierquintett (Es-dur op. 44) verflüchtigte sich das Kammermusikalische allzu stark ins Klavieristische Pravoröse, da der zur Mitwirkung am Flügel herangezogene Josef Schell die gerade bei Schumann immer so gefährliche Präponderanz des Instruments kaum zu tilgen wußte und sich mitunter recht eigenwillig vordrängte. In Griegs g-moll-Streichquartett (op. 27) zeigten die Spieler wohl wieder stärker, wie sie das Handwerkliche ihrer Kunst überlegen beherrschten, doch verlor das Werk selbst keine nähere Betrachtung und eingehende Beachtung; zumal im Geistigen ist es mit der Zeit stark abwegig geworden und setzt ein großes Fragezeichen hinter die sympathischen Melodien, die man sonst stets noch dem nordischen Komponisten nachzuräumen sich verpflichtet fühlte.

Zwei Klavierabende der Woche hatten nicht allzu viel Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, obwohl die Namen der Veranstalter für gebiegene Kunstleistungen bürgten. Alfred Hoehn entwich zudem dem typischen Programm und präferierte neben älteren Werken zeitgenössische Musik. Seinen technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten scheint das Moderne allerdings besonders zu liegen. Sehr nachhaltig war schon der Eindruck, den er mit Scriabins Sonate op. 70, der sechsten und letzten des russischen Meisters, erzielte. Es ist hart im

prejoniistische Musik unter eigenartiger Bevorzugung von Trillern — im Untertitel nennt Scriabine das Werk geradezu „trillerendes Gedicht“ — und eine recht mystische Traumwelt überhaupt, der man öfters mit traumverhangenen Orlausen müßte, um das Ketherische, Traumverlorene ganz zu erleben. Größere Schlichtheit des Gesichtslebens und härtere Ausdruckskraft eignet sicherlich B. Hindemiths „Nachtschiff“, dem schönen Mittelteil der Suite für Klavier „1923“, der auch der nachfolgende „Boston“ entnommen war. Als Auftakt zu der persönlichen Bekanntschaft mit dem Komponisten im nächsten Kammermusikabend erwideten gerade diese beiden Stücke besonderes Interesse; man vertrat aber kein Geheimnis, wenn man gleich hinzusetzt, daß es auf anderen Gebieten weitaus Wertvolleres von Hindemith gibt. Ebenfalls von E. Tsch. der diesmal durch drei „Wursten“ vertreten war. Es sind zwar höchst lebendige Aufführungen eines des parodistischen Volabulars wohl Kundigen, sie verzichten jedoch auf charakteristische Eigenart so sehr, daß sich kaum ernsthaft darüber reden läßt. Alfred Hoehn löste diese willkommener Aufgaben mit nachschaffender Lebendigkeit, die ihnen fast nichts oder doch nichts Wesentliches (bei Scriabine wären einige Vorbehalte zu machen) schuldig blieb und fügte ihnen tüchtige Leistungen aus dem bekannten Literaturkreis hinzu.

In Georg Mantels Klavierabend fiel das Gesunde, Kraftvolle, aus dem Bewußtsein innerer Fülle Geborene des Vortrags sehr angenehm auf, zu dem sich ein guter Gegenfah in vielfältiger Abflutung des Jarten und Prüfisen findet. Der am Landeskonferatorium als Lehrer tätige Pianist scheint überdies freier und auch technisch gereifter. Als geschmackvoller Ausbeuter der Klavier- und Romantiker bot er sehr Anerkennenswertes. Bei seinem offenbar starken Ringen um eine eigene Note nimmt man auch keine Liebertreibungen und Willkürlichkeiten sowohl nach der gefühlsmäßigen wie entgegengelehrt zu temperamentvoll gesteigerten Seite gerne in Kauf und erhofft von der gütigen Weiterentwicklung in dieser Richtung noch feinere Bileiterung und Rundung des Spiel. Die Bahnerschaft ehrte den Künstler in herzlichster Weise.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis

Die nachfolgende Zusammenstellung gibt die vorläufigen amtlichen Ermittlungen der Reichspräsidentenwahl wieder. Zum Vergleich sind in Klammern die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 beigefügt. Ganz genau lassen sich die Vergleiche nicht ziehen, einmal, weil die Wählerlisten getrennt waren, und zweitens, weil bei der Kandidatur

zur Zeit weder der Bayerische Bauernbund, noch die Deutschhannoveraner der Wahlparole in größerer Zahl gefolgt sind. Für den Reichstagswahl (Jarres) sind die bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei außer dem Bayerischen Bauernbund, der Volkslisten außer den bayerischen National-

sozialisten und der Deutschsozialen, für Feld die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschhannoveraner zusammengerechnet worden. Lubendorff konnten zum Vergleich nur die Reichstagsstimmen der bayerischen Nationalsozialisten zugerechnet werden, wenn das auch den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht.

Wahlkreis	Feldpaß	Marx	Braun	Jarres	Feld	Lubendorff	Thälmann
1. Ostpreußen	32 735 (39 891)	68 546 (80 373)	226 844 (208 415)	548 992 (575 769)	2 917	11 327	45 106 (80 663)
2. Berlin	120 227 (115 127)	56 177 (46 589)	395 878 (368 364)	326 096 (372 247)	1 848	3 984	179 861 (217 231)
3. Potsdam II	118 919 (114 342)	37 962 (31 789)	261 739 (243 442)	372 996 (408 837)	1 205	3 979	84 478 (105 156)
4. Potsdam I	58 938 (56 770)	26 194 (22 525)	288 300 (275 254)	394 970 (434 057)	1 830	5 292	84 287 (109 790)
5. Frankfurt (Oder)	27 641 (39 356)	51 267 (52 862)	226 582 (239 797)	437 633 (466 599)	1 901	6 684	23 277 (36 720)
6. Bromberg	26 753 (34 097)	10 924 (8 687)	214 393 (223 314)	528 883 (573 814)	2 487	10 857	33 416 (52 861)
7. Breslau	38 361 (43 955)	167 245 (183 485)	314 715 (306 991)	354 105 (399 728)	2 444	5 437	18 563 (29 368)
8. Liegnitz	59 162 (49 194)	48 331 (54 815)	203 806 (201 694)	239 903 (284 799)	1 644	2 886	11 617 (20 165)
9. Oppeln	8 957 (12 086)	220 061 (221 550)	46 440 (36 530)	144 036 (155 163)	2 041	4 574	45 351 (66 066)
10. Magdeburg	37 904 (62 264)	17 735 (17 024)	347 596 (351 776)	409 964 (430 702)	1 493	6 648	38 672 (46 330)
11. Regensburg	33 170 (49 700)	10 950 (10 242)	143 420 (135 078)	394 896 (355 643)	1 468	8 455	136 896 (163 617)
12. Würzburg	42 152 (58 826)	47 294 (52 198)	305 353 (316 039)	485 412 (536 456)	2 200	15 820	100 574 (147 938)
13. Schleswig-Holstein	41 835 (66 561)	10 306 (8 186)	231 688 (232 382)	373 660 (391 808)	1 663	5 428	37 144 (51 643)
14. Westfalen	41 265 (67 527)	127 397 (137 604)	172 023 (173 590)	226 978 (251 889)	5 866	14 160	109 996 (131 107)
15. Ost-Hannover	14 455 (20 570)	7 284 (6 747)	142 763 (141 745)	221 339 (185 850)	30 827	123 886	3 613 (14 302)
16. Südhann.-Westf.	36 975 (49 844)	53 146 (53 048)	379 304 (361 764)	386 565 (374 223)	35 845	123 073	8 723 (28 576)
17. Westfalen-Nord	22 444 (37 633)	379 834 (385 654)	227 943 (237 572)	287 994 (304 862)	3 771	8 223	28 576 (46 857)
18. Westfalen-Süd	52 120 (76 571)	349 096 (351 052)	320 766 (316 864)	389 812 (432 500)	4 025	6 880	48 712 (68 888)
19. Sassen-Raffau	80 433 (99 634)	189 305 (202 063)	347 699 (346 462)	141 797 (171 936)	3 059	8 048	108 938 (156 050)
20. Sassen-Nachen	25 650 (32 284)	435 476 (464 462)	142 960 (140 048)	141 797 (171 936)	3 059	8 554	43 898 (64 153)
21. Koblenz-Trier	11 454 (17 451)	280 740 (310 807)	57 978 (59 588)	100 199 (118 004)	2 576	5 830	52 845 (79 616)
22. Düsseldorf-Ost	24 569 (45 963)	227 044 (246 900)	160 313 (155 012)	296 495 (319 421)	2 126	7 280	12 413 (22 857)
23. Düsseldorf-West	13 374 (26 698)	304 341 (332 178)	115 727 (107 148)	174 922 (195 947)	2 488	4 940	152 069 (210 861)
24. Oberhessen-Schwaben	21 122 (33 513)	11 371 (12 527)	182 302 (207 859)	198 772 (174 543)	368 002	612 003	33 807 (55 779)
25. Niederhessen	6 452 (12 527)	10 114 (4 633)	44 633 (31 590)	36 333 (56 086)	226 407	372 789	8 715 (16 643)
26. Franken	36 438 (54 672)	14 224 (15 395)	278 150 (327 218)	355 345 (345 734)	227 708	376 448	32 267 (94 337)
27. Pfalz	19 774 (29 637)	38 839 (50 124)	87 477 (115 447)	90 083 (120 531)	43 109	67 060	3 679 (8 230)
28. Dresden-Pautzen	88 106 (80 328)	17 556 (15 338)	366 076 (371 560)	396 067 (453 532)	2 084	5 081	23 585 (34 951)
29. Leipzig	44 334 (54 380)	6 410 (4 895)	274 232 (258 872)	265 633 (306 050)	1 699	4 214	36 822 (64 660)
30. Chemnitz-Zwickau	36 671 (55 514)	7 394 (5 669)	292 943 (305 941)	360 646 (424 958)	2 308	14 226	67 320 (90 833)
31. Württemberg	139 031 (128 769)	241 513 (278 360)	206 517 (240 819)	348 635 (439 723)	3 956	8 969	99 858 (138 949)
32. Baden	88 087 (92 535)	295 180 (343 698)	198 489 (198 593)	214 345 (251 278)	3 740	6 513	56 490 (96 169)
33. Sassen-Darmstadt	42 553 (54 372)	98 491 (99 205)	210 534 (222 585)	188 271 (214 703)	1 686	3 272	39 197 (64 952)
34. Hamburg	65 389 (78 923)	12 379 (10 913)	215 019 (203 431)	213 891 (234 746)	1 505	4 595	20 998 (33 694)
35. Mecklenburg	15 364 (26 800)	3 589 (8 812)	155 076 (156 638)	210 649 (237 559)	1 552	5 107	67 379 (90 250)
Gesamtsumme	1 566 136 (1 917 764)	3 883 676 (4 118 190)	7 785 678 (7 880 963)	10 671 994 (11 354 005)	1 002 278 (1 691 116)	284 471 (174 989)	1 869 553 (2 708 345)

Badischer Teil

Rheinregulierung oder Seitenkanal?

In einer von Vertretern der Reichs- und Landesbehörden, der städtischen Amtsstellen, aus Kreisen der Technik, der Industrie, des Handels und des Verkehrs sehr zahlreich besuchten Versammlung des Mittelbadischen Architekten- und Ingenieurvereins zu Karlsruhe sprach am Freitag abend Oberbaurat Spieß von der Badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung über das aktuelle Thema: „Rheinregulierung oder französischer Seitenkanal?“. Er schilderte in einem ausführlichen Referat, über das wir noch berichten werden, zunächst die durch den Friedensvertrag geschaffene Lage, die Zuständigkeiten der Zentralkommission. Dann wies er auf den Erfolg der bisher schon ausgeführten Regulierungsarbeiten zwischen Sonderheim und Strahburg hin. In ähnlicher Weise soll der Ausbau des Rheins von Strahburg bis Basel nach dem auf Wunsch der Schweiz von Baden ausgearbeiteten Projekt erfolgen. Ferner schilderte der Referent das französische Projekt des Seitenkanals.

Nach einer lebhaften Aussprache nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Der Mittelbadische Architekten- und Ingenieurverein hat in einer von zahlreichen geladenen Gästen aus den Kreisen der Technik, Industrie, des Handels und Verkehrs besuchten Versammlung nach einem Vortrag des Herrn Oberbaurats Spieß sich einmütig dahin ausgesprochen, daß eine ungenutzte Entwicklung der Oberrheinfahrt bis Basel keinesfalls durch einen Seitenkanal, sondern nur durch die Regulierung des freien Rheins gewährleistet wird.“

Das Fürsorgewesen in Baden

Das Ministerium des Innern hat eine umfangreiche Denkschrift über die Regelung des Fürsorgewesens in Baden herausgegeben. Einleitend wird die Stellung der Wohlfahrtspflege zur Armenpflege und zu den sozialpolitischen Einrichtungen behandelt. Dann folgen Kapitel über den Werdegang und den heutigen Stand der Fürsorge, worauf in speziellen die Durchführung der Reichsreformordnung über die Fürsorgepflicht in Baden geschildert wird. Daran schließt sich ein Überblick über die Aufgaben und Leistungen der Fürsorgeverbände seit dem 1. April 1924. Die Denkschrift kommt zu dem Schluss, daß die hier in Frage stehende, gesetzlich geregelte, soziale Fürsorge in bezuglich gegliederten Selbstverwaltungskörpern, die ihre Aufgaben in enger Anlehnung an die Staatsverwaltungsorgane lösen, am zweckmäßigsten aufgehoben ist. Eine Übertragung dieser Aufgaben auf die Kreise schaffe bei den Fürsorgeberechtigten Unruhe und störe die ruhige Entwicklung der nun einmal bestehenden Organisationsform.

Die finanzielle Lage der Bezirksfürsorgeverbände wird in der Denkschrift im allgemeinen als geordnet vielfach als günstig bezeichnet. In den 40 R.F.V. (Gemeindevorständen) des Landes betrug die Zahl der Untersuchten nach dem Stande vom November 1924: 14 215 bei einer Gesamtbevölkerungsziffer von 1 411 411 (Volkszählung vom 8. Oktober 1919). Auf 100 Einwohner entfielen 19,6 Fürsorgeempfänger und 10,1 sonstige Untersuchte. Der Gesamtaufwand für Untersuchungen stellt sich auf 270 509 Mark 85 Pf., für einen Fürsorgefall durchschnittlich auf 19 Mark. Auf 1000 Einwohner entfallen 191,3 Goldmark. Im einzelnen wurden ausgegeben: Soziale Fürsorge für die Arbeitslosen 21 666,72 Mark (durchschnittlich für einen Fürsorgefall 41,0 Mark), Sozialrentnerfürsorge 130 162,89 Mark (14,1), Kleinrentnerfürsorge 79 668,81 Mark (22,7), Fürsorge für hilfsbedürftige Kinder 33 977,44 Mark (40,8), Waisenfürsorge 5 033,99 Mark (42,7). Der Gesamtaufwand der vom Reiche getragenen Zuschüsse beläuft sich auf 391 868,22 Goldmark.

Aus der Landeshauptstadt

Erhöhte Kriegsteilnehmerbeihilfe für Veteranen. Wie uns der Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gauleitung Baden-Karlsruhe, mitteilt, hat der Reichsminister der Finanzen die Kriegsteilnehmerbeihilfe für die Veteranen vom 1. April d. J. ab auf monatlich 12,50 erhöht.

Vor dem Kreisrichter Schwurgericht hatte sich am Freitag der 55 Jahre alte verheiratete Fabrikarbeiter Georg Henselmann aus Gamburg, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Meineides zu verantworten. Die Öffentlichkeit war während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Der Angeklagte entpuppte sich als gemeiner Ehrschmeider, der in einem Eheheiratsprozeß seine Frau am 6. Nov. v. J. vor dem Amtsgericht unter Eid fälschlicherweise des Ehebruchs mit ihm zu bezichtigen. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und dauernde Jugendunfähigkeit. 2 Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Das Gastkonzert des St. Johanner Sängerbundes Saarbrücken, das am Sonntag den 20. April 1925, vormittags 11,15 Uhr im großen Festhallsaal stattfand, soll ein Ausdruck des Dankes der Saarländer für ihre gute Aufnahme beim letzten Heimtag in Karlsruhe sein. Schon aus diesem Grunde verdient die Morgenveranstaltung einen Massenbesuch. Aber auch abgesehen von der ersten Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen dem treudeutschen Saarland und unferner badischen Landeshauptstadt wird der Besuch dieses Morgenkonzertes des trefflich gesungenen saarländischen Männergesangsvereins niemanden gereuen. Das Konzert ist Scherz und Ernst, es ist das Konzert zu besuchen, zumal neben dem Chor des Vereins die Pianistin Frau Lieke Wolff-Wagner aus Saarbrücken, eine geborene Karlsruheerin, mitwirken wird. Der Vorverkauf für das Konzert liegt in Händen der Musikalienhandlung Fröh Müller, Kaiserstraße. Die Eintrittspreise sind äußerst niedriger gehalten, um allen Schichten der Bevölkerung den Besuch des Konzertes zu ermöglichen.

Wetterausblick für Sonntag: Wieder Aufsteigerung, trocken, etwas wärmer, östliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D.W. Mandern (Amt Lörrach), 3. April. Bei Sprengungen im Grauwackenbruch der Firma Gebr. Thiele in Ralsburg wurden gestern Abend anstehend durch zu frühe Entladung des Sprengschusses zwei Arbeiter getötet, zwei weitere schwer verletzt. Das Amtsgericht Müllheim weilt heute Nachmittag zur Untersuchung an der Unfallstelle. Die tödlich Verunglückten sind der seit 13 Jahren mit Sprengarbeiten beschäftigte 45jährige Schneidmeister Fröh Moser aus Kalkenbach, Vater von sieben Kindern, und der 36jährige Steinbauer Nimmann aus Rogelsbach. Der verheiratete Arbeiter W. Oswald und der letzte Arbeiter S. Schwald aus Kalkenbach und Marzell befinden sich 3. im Freiburger Krankenhaus. Jedoch sind sie, wie verlautet, außer Lebensgefahr. Der Unfall wird auf einen Fehler in der Zusammenlegung der Munition zurückgeführt.

Handel und Wirtschaft

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 31. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 86 sh 7 d bezw. für ein Gramm Feingold 33,4046 Pence.

Die Brennkraft Central-Oberrhein-Aktiengesellschaft bietet ihre auf Feingoldwert abgestellten, an der Berliner Börse bereits amtlich notierten 8 Proz. Central-Gold-Pfandbriefe, letzter Kurs 86 Proz. (Stückzinsen ab 1. Januar c. sind hierin enthalten) 8 Proz. Gold-Com.-Schuldverschreibungen letzter Kurs 83 Proz. (Stückzinsen ab 1. Januar c. sind hierin enthalten) an. Das angelegte Kapital verzinst sich hiernach bei diesen

Berten mit 9,52 Proz., bezw. 9,87 Proz. Kündigung der Anleihen bis Ende 1930 ausgeschlossen. Rückzahlung erfolgt zu 100 Proz.

Berliner Devisennotierungen

	4. April		5. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167,39	167,81	167,21	167,63
Kopenhagen 100 Kr.	77,00	77,20	76,85	77,03
Italien . . . 100 L.	17,24	17,28	17,18	17,22
London . . . 1 Pf.	20,059	20,109	20,047	20,097
New York . . . 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . 100 Fr.	21,69	21,75	21,47	21,53
Schweiz . . . 100 Fr.	80,95	81,15	80,89	81,09
Wien 100 Schilling	59,07	59,07	59,03	59,05
Wrag . . . 100 Kr.	12,44	12,48	12,43	12,47

Stellung überall 100 Prozent

Verschiedenes

Wieder ein schweres Grubenunglück
W.D.W. Offen, 4. April. (Tel.) Auf dem neuen Schacht V der Zeche Matthias Stinnes in Karnap ereignete sich heute morgen gegen 6 Uhr infolge Verjagens der Fördermaschine ein schweres Unglück. Aus bisher unbekanntem Grund verjagte zu Beginn der Seilfahrt die Fördermaschine. Infolgedessen fuhr der leere Förderkorb in die Seilseibe, während der mit 70 Mann besetzte zweite Förderkorb in den Sumpf hinabfuhr. Bei dem Anprall wurde die unterste Etage erheblich gestaut. Die Rettungsarbeiten setzten sofort mit aller Energie ein, und es gelang binnen kurzem, die Befahrung der drei obersten Etagen des verunglückten Förderkorbes restlos zu bergen. 15 von diesen Leuten konnten ohne jede Hilfe sich nach Hause begeben. Aus der untersten, vierten Etage sind zurzeit zwei Tote geborgen. Es fehlen noch etwa 10 bis 11 Mann. Ein großer Teil der Verunglückten ist leicht verletzt. Drei Mann wurden schwerer verletzt. — Wie weiter gemeldet wird, gestalten sich die Bergungsarbeiten sehr schwierig. Es ist wohl nicht damit zu rechnen, daß noch einer der Verunglückten lebt.

Badisches Landestheater

Spielplan für 4. bis 14. April 1925.
Im Landestheater:
 Samstag, den 4. April. * Th.-Gem. II. Sondergruppe. Volksbühne 8. „Violetta“ (La Traviata); 7.30 bis 9.10 Uhr (7.—)
 Sonntag, den 5. April. * Th.-Gem. III. Sondergruppe. Neueinstudierte u. in neuer Fassung: Faust II. Teil (v. Goethe) 5 bis n. 9 1/2 Uhr (5.50)
 Montag, den 6. April. * D 20; Th.-Gem. 3701 bis 4000 „Der arme Teufel“; 7 bis 10 Uhr (4.80)
 Dienstag, den 7. April. * C 20; Th.-Gem. 301 bis 800 „Faust II. Teil“; 6 bis geg. 10.30 Uhr (4.80)
 Mittwoch, den 8. April. * G 20; Th. G. 1701—2100 Volksb. 8. „Wagnen 7—10 Uhr (7.—)
 Donnerstag, den 9. April. * A 20; Th. G. 801—1000, 1901 bis 1700. Clavigo. Vorher: Die Geschwister 7 bis n. 1/2 10 Uhr (4.80)
 Freitag, den 10. April: Geschlossen.
 Samstag, den 11. April: Geschlossen.
Obermontag, den 12. April und Ostermontag, den 13. April jeweils Pachtal 4 1/2 bis 9 1/2 Uhr (8.—)
Dienstag, den 14. April * F 19 Th. G. 1001—1800 Wilhelm Tell 6 1/2 bis 9.10 Uhr (4.80)
Im Kongertshaus:
 Ostermontag, den 12. April und Ostermontag, den 13. April jeweils Die Kaiserin des Königs (Erfahrung) 7 bis 9.10 Uhr (3.80)
 Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorlaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 4. April nachmittags 1/2 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 6. April an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem., jeweils am Vortage der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Pianos-Harmoniums

erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen.

KARL LANG

Kaiserstraße 167¹
 D947 Telefon 1073
 Salamanderschuhhaus

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H.

Fernruf 5846 Karlsruhe, Kaiserallee 4 Postscheckkonto 24300
Kontokorrentverkehr - Darlehen - Hypothekengeldbeschaffung

Männergesangverein St. Johanner Sängerbund aus Saarbrücken

Morgen-Konzert

Sonntag, den 26. April 1925, vormittags 11¹/₂ Uhr im großen Festhallsaal
Männerchöre und Klavierstücke von Schubert
Mitwirkende: Frau **Liese Wolff-Wagner**, Pianistin, Saarbrücken,
und der **Männerchor des Vereins**
Leitung: Musiklehrer **Georg Hitzelberger**
Feurich-Flügel aus dem Odeonhaus
Eintrittspreise Mk. 1 bis 3. Vorverkauf: Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiser- Ecke Waldstr.
Auskunft: **Verkehrsverein** € 245

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

EXCELSIOR-Künstlerspiele

Kaiserstr. 26 Anfang 8¹/₂ Uhr Fernruf 977
Direktion und Besitzer: Aug. Unser

Programm vom 1. — 15. April 1925

Selma Gregori-Höftner
Konzertsängerin

Mia Riecko und Partnerin
Tanzduett

Gastspiel: **Rolf Umland**
der bekannte Universalkünstler

Gregori-Höftner
Kunstgesangsduett

Jrma Vallen
Stimmungs-Soubrette

Franz Marx
Humorist und Vortragskünstler

Conference: **Franz Marx**

Am Flügel: **Jule Abel**

The Original Jazz Band

„4 Rigos“

Jeden 1. und 16. jeden Monats Programmwechsel durch Verpflichtung neuer Kunstkräfte
An Sonn- und Feiertagen
4 Uhr-TEE mit Cabarettinlagen € 252

Bei der Kreisverwaltung Freiburg sind alsbald
4 Kreisfürsorgestellen

zu besetzen. Verlangt wird die staatliche Anerkennung als Sozialbeamtin und Wohlfahrtsführerin. Die Bezahlung erfolgt nach Gruppe VII der Reichsbesoldungsordnung. Bewerbungen sind unter Vorlage der Zeugnisse bis längstens 10. April bei der Kreisverwaltung Freiburg, Gaußstraße 4a einzureichen. € 245

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Die Maul- und Klauenseuche in Leopoldshafen ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen wurden aufgehoben. Karlsruhe, den 2. April 1925. Bezirksamt Abt. IIb. D. 3. 45.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
Die Maul- und Klauenseuche in Sagsfeld ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen wurden aufgehoben. Karlsruhe, den 2. April 1925. Bezirksamt Abt. IIb. D. 3. 44.

Landeskirchensteuer 1925.
Auf Grund der Verordnung des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 18. Februar ds. Js. (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 38) ist von den für das Kalenderjahr 1925 einkommensteuervorauszahlungspflichtigen natürlichen Personen (auch Lohnsteuerpflichtigen mit einem im Kalenderjahr 2000 M. M. übersteigenden Arbeitslohn) ein Zuschlag zu den Vorauszahlungen an Einkommensteuer als Landeskirchensteuer zu erheben. Dieser beträgt für alle Konfessionen 10 v. H. der Vorauszahlungen an Einkommensteuer. Bei in gemischter Ehe lebenden Ehegatten beträgt der Zuschlag für jeden Teil nur die Hälfte. Mit der am 10. April ds. Js. fällig werdenden Vorauszahlung an Einkommensteuer für den Monat März ds. Js. beginnend für das 1. Vierteljahr 1925 ist sonach erstmals ein Zu-

schlag für Landeskirchensteuer in der genannten Höhe an die Finanzkasse zu entrichten.

Außerdem ist mit der Aprilzahlung von Monatszahlungen noch der Kirchensteuerzuschlag zu entrichten, der auf die am 10. Februar und 10. März ds. Js. fällig gewordenen Vorauszahlungen an Einkommensteuer entfällt.

Wenn durch die Post oder mit Scheck bezahlt wird, so ist der Betrag für die Kirchensteuer besonders anzugeben. Auf den Vorauszahlungen ist stets die Befreiungsangehörigkeit, bei Verheirateten das Befreiungsbeide Ehegatten zu vermerken. Bei den weiteren Vorauszahlungen an Einkommensteuer ist jedesmal der Kirchensteuerzuschlag in dem oben genannten Hundertsatz zu entrichten.

Für Landwirte gilt das Vorstehende nicht. Ihre Kirchensteuer vom Einkommen wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Wirtschaftsjahr 1924/25 mit dem Steuerbescheid angefordert werden.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß neben den vorstehend genannten Landeskirchensteuerzuschlägen, die vom Finanzamt erhoben werden, die Landeskirchensteuerzuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer und zur Lohnsteuer sowie die Ortskirchensteuer von den kirchlichen Hebestellen mit Forderungszettel angefordert werden.

Karlsruhe, den 3. April 1925.
Die Finanzämter Stadt und Land.

Badisches Landestheater
Sonntag, den 5. April 1925
Theater-Gemeinde 3. S.-Gr.
Neuinszeniert:
Faust II. Teil
Tragödie von Goethe.
In 5 Akten.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.
Personen:
Faust, Mephistopheles, Gretchen, Valentin, Wagner, Der Kaiser, Der Bischof-Kamler, Der Schatzmeister, Der Marschall, Der Heermeister, Der Astrolog, Der Herold, Der Narr, Klugheit, Furcht, Hoffnung, Anabe Venter, Baculaureus, Kamulus, Wagner, Gomunculus, Reichthum, Höflichkeit, Giron, Manlo, Helena, Paris, Pantafis, Philemon, Haucis, Mangel, Schuld, Sorge, Not, Vater Cestadius, Vater Profundus, Dr. Marius, Mater gloriosa, Una Penitentium, Scheinpfug, Anfang 5 Ende nach 9¹/₂ Preise: Sperrsitze I. Abt. 5.50

Metallbetten
Eisenbetten, Kinderbetten, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sahr (Lühr).
Junge Leute
die prakt. evtl. kostenlos Chauffeur werb. u. erh. d. amtliche Sachverständige geprüfte u. anerkannte Informations- Freiprospekt, Dankf. geg. Rückporto. Neueste Auto- u. Chauffeur-Nachrichten Berlin NW 6 Organ des Reichswirtschafts-Bundes der Kraftf.-Bes. e. G. m. b. H.

Die Bauarbeiten, nämlich die Grab-, Mauer- und Entwässerungsarbeiten, Steinhaue (Kunststein), Zimmer, Schmiede-, Blech-, Dachdeckerarbeiten und Walzenlieferung für das neue Aufnahmegebäude in Pfullendorf sollen öffentlich vergeben werden. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen an Werktagen bei der Bahnhofsverwaltung in Schwabenturm und auf unserem Hochbaubüro in Konstanz zur Einsicht auf, wofolbst auch die Angebotsabgabe gegen Vergütung abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Montag, den 20. April 1925, vormittags 11 Uhr — Eröffnungstermin — an die Bahnbauinspektion in Konstanz einzurichten. Zuschlagsfrist 4 Wochen. (315) Konstanz, 1. April 1925. Bahnbauinspektion.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Wir bringen zum freihändigen Verkauf:
unsere auf **Feingoldwert** abgestellten, an der Berliner Börse bereits amtlich notierten
8% Central-Gold-Pfandbriefe
letzter Kurs **88**⁰/₁₀₀ (Stückzinsen ab 1. Januar c. sind hierin enthalten)
8% Gold-Com.-Schuldverschreibungen
letzter Kurs **83**⁰/₁₀₀ (Stückzinsen ab 1. Januar c. sind hierin enthalten)
Das angelegte Kapital verzinst sich hiernach bei diesen Werten mit 9-52⁰/₁₀₀, bezw. 9-37⁰/₁₀₀
Kündigung der Anleihen bis Ende 1930 ausgeschlossen
Rückzahlung erfolgt zu 100%

Sie sind erhältlich zum jeweiligen Börsenkurse sowohl bei uns selbst, wie auch bei den bekannten Zahlstellen und den übrigen Bankfirmen. € 255

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49

Karamellergesicht
Amol
Beliebtes Haus- und Einreibemittel
In Apotheken und Drogerien erhältlich

Chr. Spanagel

vormals

Ehersberger & Rees, Kleinverkauf

Kronenstraße 48

Oster-Ausstellung

Schokolade-Hasen und -Eier
Karamell-Hasen
in allen Größen
Marzipan-Eier, -Hasen u. -Gruppen
ff. Trink-, Creme- u. Dessert-Eier
verschiedenster Färbung
Garn. Osterkörbchen, Porzellan-Eier und Attrappen, Bonbonnieren
Reichhaltigste Auswahl Billigste Preise
Um frühzeitigen und besonders Vormittags-Einkauf wird gebeten
€ 251

Detektiv- u. Privat-Auskunfts-Inst. Argus
"Mannheim"
O. 5. 6.
Planen 3. 47
Fernruf 3305
R. Maier & Co., G. m. b. H.

§ 327. Konkurs. Über das Vermögen der Firma **Adolf Brand** (Inhaber Kaufmann Adolf Brand) in Konkurs wurde am 2. April 1925, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig ist. Der Reichsan-

walt Dr. Vogel in Konkurs ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 23. April 1925 bei dem Gericht anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht Konstanz zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Einreichters und über die Einreichung von Forderungen, die nach § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 2. Mai 1925, vorm. 9 Uhr, im Saal des Badischen Amtsgerichts.